

GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER
PRESSEMITTEILUNG Göttingen, 8.6.2009

Nach Massaker an Indianern in Peru:
UN-Hochkommissarin für Menschenrechte muss für lückenlose Aufklärung sorgen

Nach dem Massaker an Dutzenden Indianern in Peru hat sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) am Montag an die UN- Hochkommissarin für Menschenrechte Navanethem Pillay mit dem dringenden Appell gewandt, unverzüglich die gewaltsame Eskalation des Landkonfliktes zwischen Indianern und Militär in der Amazonasprovinz nahe der Stadt Bagua zu untersuchen. Dort wurden am vergangenen Wochenende bis zu 30 Indianer getötet. Zehntausende Indianer hatten im Norden Perus seit Wochen mit Straßenblockaden gegen die aggressive Erschließung indianischen Landes zu Gunsten der Erdöl- und Erdgasindustrie protestiert, die für sie den Untergang ihrer Lebensweise zur Folge haben würde.

"Über die Köpfe der Amazonasindianer hinweg hat die Regierung Gesetze erlassen, die den Zugriff auf indianische Schutzgebiete enorm erleichtern, wenn sich dort Öl- und Erdgasvorkommen befinden", kritisiert Yvonne Bangert, GfbV-Referentin für indigene Völker. "Das peruanische Amazonasgebiet ist bereits in etwa 180 Parzellen für die Erschließung von Ölfeldern eingeteilt worden, die sich zumeist mit indianischen Gebieten überschneiden. Lizenzen werden ohne Rücksicht auf indianische Landrechte vergeben."

Peru verletze damit internationale Richtlinien zum Schutz der Ureinwohner wie die Allgemeine Erklärung der Vereinten Nationen zu den Rechten der indigenen Völker. Auch die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organisation), die die Rechte der Indigenen verbindlich festschreibe und von Peru ratifiziert wurde, werde ignoriert.

"Die UN müssen dafür sorgen, dass die Regierung Garcia unverzüglich den Dialog mit der indianischen Dachorganisation AIDSEP aufnimmt, damit den berechtigten Ansprüchen der indigenen Völker in den Fördergebieten Geltung verschafft werden kann", fordert die GfbV. "Sie kämpfen mit dem Rücken an der Wand um ihr Land und ihr Leben."

Konfliktpotential gibt es auch in anderen Gebieten Perus. So nehmen im Grenzgebiet zu Brasilien im Bundesstaat Ucayali die Spannungen zu. Dort treiben Abholzung des Urwalds und Wegebau immer öfter kleine indianische Gruppen zur Flucht nach Brasilien. "Diesem Verdrängungsprozess stehen besonders die in freiwilliger Isolation lebenden Völker in der Region hilflos gegenüber", beklagt Bangert.

Die GfbV hat in ihrem im Mai veröffentlichten Memorandum die spezielle Situation dieser besonders gefährdeten Ureinwohnergruppe dokumentiert.
Eine pdf-Version senden wir auf Wunsch gern zu.

Für Nachfragen ist Yvonne Bangert unter der Tel. 0551 499 06-14 erreichbar.

=====
Gesellschaft fuer bedrohte Voelker e.V. (GfbV) Inse Geismar, Pressereferentin Postfach 2024, D-37010 Goettingen Tel.+49/551/49906-25,
Fax:++49/551/58028
E-Mail: presse@gfbv.de, Homepage:http://www.gfbv.de